

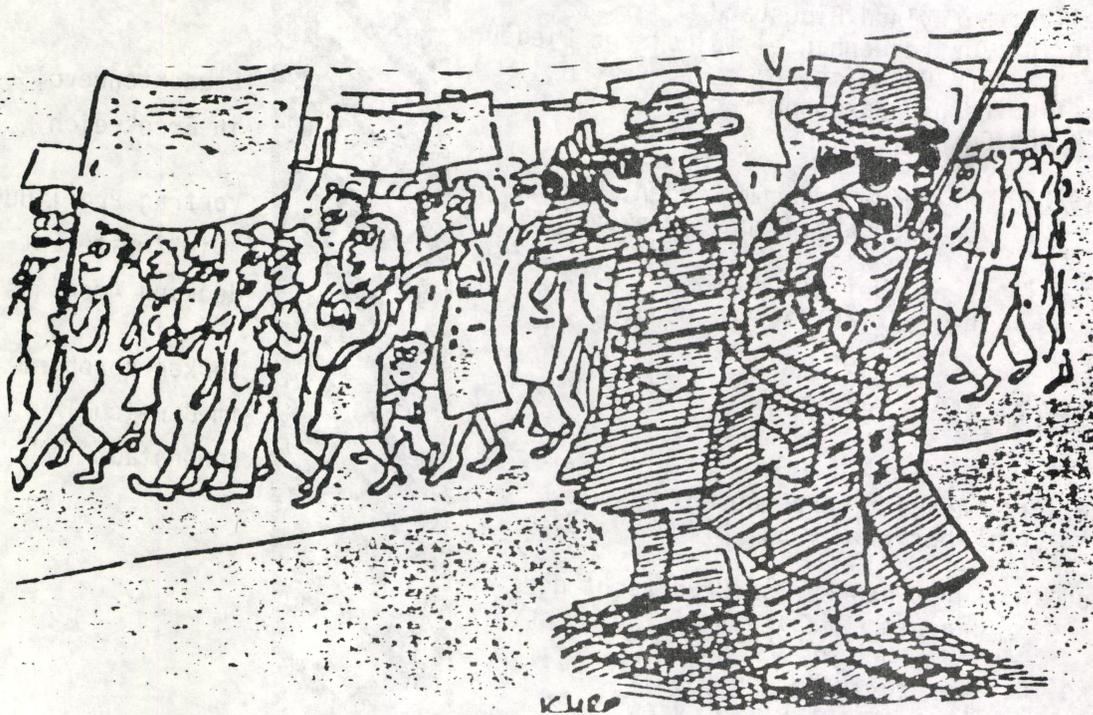
# A S t A

llgemeiner udenten- usschuss

Herausgegeben von der Studentenschaft  
der TH Darmstadt

Zeitung

NR. 1 19.1.87



**Studentenrevolte in Frankreich**  
**Verkehrsprobleme im Bereich**  
**TH- Innenstadt**

# Musik

- DO.22.1  
Jagdhofkeller: Roy Herrington Band (Rythm'n`Blues)
- FR.23.1  
Schloßkeller: Logic Animal (Weltmusik)  
Jagdhofkeller: Exit (Music a la Al Jarreau)  
Goldene Krone: Manhattan Ramblers
- SA.24.1  
Schloßkeller: Burnin' Chant (Reggae)  
Jagdhofkeller: Eröffnung der Jazz-Bühne  
Barrelhouse Jazzband (Vorverk.)
- THD Saal 19/030: Orchester der THD, Werke von  
S. Barber, B. Bartok, A. Dvorcak
- Goldene Krone: Romantic Warrior
- SO.25.1  
ÜberaTT : Bundestagswahl
- Goldene Krone: The Vorhand Volleys (R'n'R)
- DI.27.1  
Goldene Krone: Pfund (auch Mi. u. Do.)
- DO.29.1  
Jagdhofkeller: Trio Tropical
- FR.30.1  
Jagdhofkeller: Energy Band  
Halb Neun Th.: Rembetico (griechische Volksmusik)
- SA.31.1  
Schloßkeller: Sunnyland Bluesband  
Halb Neun Th.: Zupfkeigenhansel (Jiddische Lieder  
und Geschichten)
- Jagdhofkeller: Kölner Saxophon Mafia  
Goldene Krone: Quennet
- SO. 1.2  
THD Saal 19/030: Collegium Musicum Gießen, Werke  
von Chopin, Albinoni, Clementi
- MO. 2.2  
Steinbruch Theater, Mühlthal:  
The Beatles Revival Band

# Theater

- MI.21.1  
Schloßkeller: Kabarett Herzklopfen  
Jagdhofkeller: Kabarett Die Stichlinge
- FR.23.1  
Halb Neun Th.: Rufus Wagner: Das Grundrecht der  
Bananen - Kabarett
- MI.28.1  
Jagdhofkeller: Theatre in Motion (USA):  
The point of silent view
- FR.30.1  
Schloßkeller: Theater in der Brotfabrik  
Kammerspiele

# sonst noch

- SO.25.1  
Jagdhofkeller: Plattenbörse 10.00-17.00
- DI.27.1  
Schloßkeller: Veranstaltung über die UNI El Salvador

# INHALT

- Veranstaltungen Seite 2
- Vorankündigung  
des Sozialvertre-  
ters Seite 3
- Aufruf StuPa-Wahl Seite 3
- Hearing: Thema  
"Frauenbeauftragte  
an den Hochschulen  
- Alibi oder Chance?"  
Seite 3
- Studentenrevolte  
in Frankreich Seite 4
- Vortrag Prof. Hughes  
"Die Zweite Ent-  
deckung Amerikas" Seite 6
- Verkehrsproblem  
im Bereich TH-  
Innenstadt Seite 6

VERANSTALTUNGEN  
WILSONS

Impressum: Redaktion u.V.I.S.d.P  
ASTA d.TH.D. Auflage 1250 Ex.  
Erscheinungsweise: alle 14  
Tage während des Semesters.  
Die ASTA Zeitung ist Mitgl. d.  
Jungen Presse Hessen. Namentlich  
nicht gekennzeichnete Artikel  
geben die Meinung der Red. wieder.

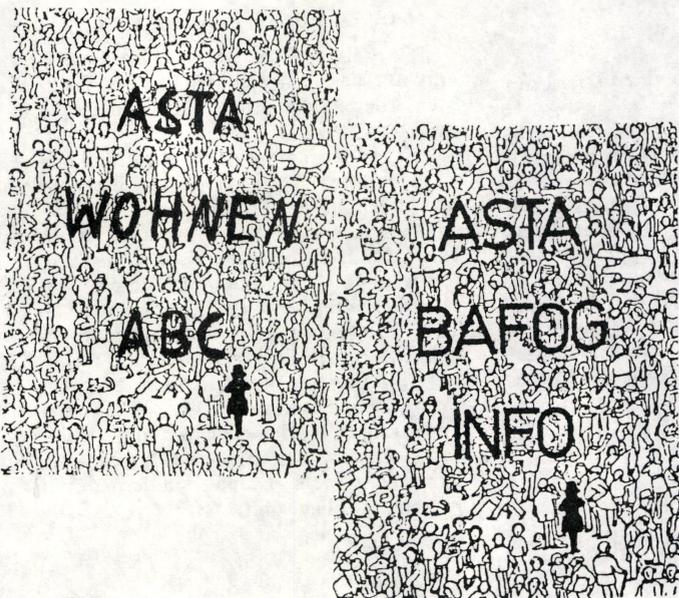
## Vorankündigung

Nächsten Monat erscheint das neue "ASTA-Wohnen-ABC". Es ist bisher schon auszugsweise in der ASTA-Zeitung veröffentlicht worden. Die Zielsetzung dabei ist (entsprechend dem "ASTA-BAföG-Info"), die Student/inn/en möglichst umfassend über die wichtigsten Regelungen des Mietrechts zu informieren.

Vermieter und Makler spekulieren ja oft auf die Unwissenheit der Mieter/innen. Kennt man die Rechtslage, lassen sich folgen-schwere Fehler - z.T. schon beim Vertragsabschluß - vermeiden.

Hat man Schwierigkeiten mit Vermieter bzw. BAföG-Amt, kann man sich dann wenden an:

- ASTA-Rechtsberatung  
Mi 11-12 Uhr  
Gebäude 11, Zimmer 56 (ASTA)
- Mieterverein  
Nieder-Ramstädter-Str. 209  
Tel. 06151/48032  
Bürozeit ab 14.30  
Nur nach Vereinbarung  
(Vorher im ASTA Berechtigung für eine kostenlose Beratung abholen)
- ASTA-BAföG-Beratung  
Do 13.30-16.30  
Mensa-Lichtwiese, Zi. 54



## Diese Woche

### StuPa Wahl

Vom 19.1. - 23.1. findet die Wahl zum Studentenparlament statt. Wahlberechtigt ist jede/r immatrikulierte Student/in der THD. Es gibt drei Wahllokale (Lichtwiese Mensa, Audi Max, Biologie). Wo ihr wählen könnt erfahrt ihr auf eurer Wahlbenachrichtigung oder aus der ASTA-Wahlzeitung. Personalausweis oder Reisepass nicht vergessen!

## Hearing

Der Präsident der THD, die Arbeitsgruppe "Chancengleichheit von Frauen in der Wissenschaft an der THD", das Frauenreferat im ASTA und die AG Frauenforschung am FB 2 veranstalten am Mittwoch den 21.01.1987 ein öffentliches Hearing zum Thema:

FRAUENBEAUFTRAGTE AN DEN HOCHSCHULEN -  
ALIBI ODER CHANCE?

Bei dieser Veranstaltung werden Expertinnen zu Wort kommen, die Auskunft über die derzeitige Situation von Frauenbeauftragten an bundesrepublikanischen Hochschulen und Universitäten und über andernorts existierende Pläne zur Schaffung solcher Stellen geben können.

Dabei stehen juristische und gesellschaftliche Fragen im Mittelpunkt.

## PROGRAMM:

10.00 - 12.30 Uhr

Aylâ Neusel  
Vizepräsidentin der GH Kassel

Dagmar Hilscher  
Frauenbeauftragte der Ruhr-Universität  
Bochum

Dr. Wilma Mohr  
Arbeitskreis Hessischer Wissenschaft-  
lerinnen

## MITTAGSPAUSE

14.00 - 16.30 Uhr

Sybille Raasch  
Juristin

Prof. Dr. Helga Deppe  
J.W. Goethe-Universität Frankfurt

Prof. Dr. Ingrid Langer  
Politikwissenschaftlerin

## KAFFEEPAUSE

17.00 Uhr

Grußworte des Präsidenten der THD  
und Abschlusdiskussion

Ort: *vormittag 5 46/36 (SAB)*  
*nachmittags 47/771*  
Residenzschloß, Hörsaal 036



# Studentenrevolte in Frankreich

## STUDENTENREVOLTE IN FRANKREICH

Jahrelang schien es, als ob französische Studenten und Schüler sich einen Dreck um Politik in Frankreich kümmern würden. „Politique, c'est de la merde!“

Die einzige außerparlamentarische Bewegung, die es lange Zeit in Frankreich gab, war SOS-Racisme, die gegen die wachsende Ausländerfeindlichkeit und gegen Diskriminierung eintritt. Atomkraft, Umweltverschmutzung usw. haben nur wenig Interesse bei der Bevölkerung hervorgerufen. Bei so wenig politischem Bewußtsein war es für die Rechtsregierung unter Chirac natürlich leicht in allen möglichen Bereichen Gesetzesverschärfungen durchzuführen, teils dies überzeugend aber auch aus Kalkül, um der ultrarechten National Front unter Le Pen Wählerstimmen wegzunehmen. Niemand reagierte auf die neuen Ausländergesetze, die Kriminalisierung von Drogenabhängigen, die Privatisierung von Gefängnissen. Genauso leicht glaubte man auch die neuen Universitätsgesetze durchsetzen zu können. Aber da hatte man sich verkalkuliert, denn das Unvermutete passierte: die Jugendlichen in Frankreich gingen mit Unterstützung der Eltern auf die Straße und demonstrierten gegen die Studienverschärfungen.

### Der Anlaß: ein Gesetzentwurf

Der Stein des Anstoßes war ein Gesetzentwurf des Universitätsministers Devaquet. Dieser beinhaltet hauptsächlich vier Punkte:

1. Die Änderung der unter Mitterrand eingeführten Savary-Gesetze, die die Machtstellung der Professoren im Universitätsrat (conseil d'universite) beschnitten. Nach der Gesetzesvorlage sollen die Professoren 40% der Stimme in diesem Gremium erhalten und gleichzeitig noch die 15% Nicht-Universitätsangehörigen ernennen, was früher das ganze Gremium machte. Weiterhin können nur noch Professoren Universitätspräsident werden. Um die Bedeutung der Gewerkschaften zu mindern, werden die Mitglieder dieses Rats jetzt nicht mehr Listen-, sondern durch Personenwahl gewählt.

b.w

2. Eine Dezentralisierung in der Universität. Die einzelnen Fachbereiche sollen mehr Eigenständigkeit bekommen. Dieser Teil des Entwurfs ist so unklar formuliert, daß eine Universität im schlimmsten Fall nur noch ein loser Verbund von mehr oder weniger autonomen Fachbereichen ist. Damit würde an den Universitäten eine ähnliche Situation wie vor '68 eintreten. Weiterhin soll die Autonomie der Hochschulen durch die Möglichkeit, Schwerpunkte zu bilden, gestärkt werden. Auch in diesem Teil ist das Gesetz so schwammig, daß unklar ist, wer in den Universitäten dafür verantwortlich ist. Klar scheint nur zu sein, daß die Schwerpunkte privat finanziert werden sollen, nämlich durch freiwillige Unterstützung der in der Region ansässigen Wirtschaft, die dafür mit Steuererleichterungen belohnt wird. Die teilweise Privatfinanzierung der Unis ist seit dem 19. November auch gesetzlich beschlossene Sache.

3. Selektion der Studenten. Jede Universität kann nun entscheiden, ob sie einen Studenten aufnimmt oder nicht, je nach Kapazität, die sie selber festlegt, und nach von der Universität ebenfalls selbst festgelegten Kriterien. Ein Student, der bislang keinen Studienplatz bekam, konnte sich an den Rektor der Akademie, einer in seiner Region für Bildung zuständigen Institution, wenden und wurde von diesem einer Universität zugeteilt. Dessen Macht wird durch den Gesetzentwurf sehr stark reduziert, da eine solche Zuteilung ein Eingriff in die neu geschaffene Autonomie der Universitäten wäre. Außerdem sollen die Studiengebühren erhöht werden und zwar je nach Universität und Dauer des Studiums. Dies ist eine Legalisierung einer in Frankreich gängigen Praktik, derzufolge Studenten für die Materialien, die sie zum Studium benötigen (Skripten, Computerprogramme, Versuchsmaterialien ...) zahlen müssen. Je besser eine Universität ist, umso teurer wird das für den Studenten, so daß es heute schon Studierende gibt, die Versuche nur theoretisch machen können.

4. Zusätzlich zu den normalen, landesweit einheitlichen Abschlüssen sollen sogenannte Universitätsdiplome ausgestellt werden. Dabei handelt es sich ebenfalls um die Legalisierung einer von den Arbeitgebern schon praktizierten Methode, denn diese achten bei der Einstellung und bei der Bezahlung durchaus darauf, von welcher Universität ein Student kommt. Je besser der Ruf der Universität, umso besser sind die Berufsaussichten.

Das Ziel dieser gesamten Gesetzesvorlage ist es, das angeknackste Image der französischen Universitäten wieder aufzumöbeln und gleichzeitig Eliteuniversitäten zu schaffen. Stärker als in Deutschland ist das französische Schulsystem auf Selektion ausgerichtet. Schüler, die Abitur machen, sind bereits viermal nach Leistungskriterien ausgewählt worden. Im Abitur haben sie sich auf einen bestimmten Schwerpunkt spezialisiert, so daß es momentan in Frankreich ungefähr 30 verschiedene Abiture gibt. Zu einem Studium an einer Universität gibt es vielfältige Alternativen an anderen weiterführenden Schulen.

## Wie sich die Bewegung organisiert hat

Angefangen hat alles in Villetaneuse, einem Vorort von Paris. Die Studentengewerkschaften der dortigen Universität riefen zu einer Vollversammlung auf und beschlossen dort, in einen Streik zu treten, um sich gegen die Pläne Devaquets zu wehren. Dabei sind sie vom Unipräsidenten unterstützt worden.

Ziemlich schnell kam es auch an anderen Universitäten und später auch an Schulen zu Streiks. Die Studenten und Gymnasiasten forderten und fordern auch weiter, daß das Gesetz zurückgenommen wird. Als die Bewegung um sich griff, organisierten sich die Streikenden in einer „coordination national“, in der 15 Vertreter aus allen Universitäten und komischerweise auch aus Eliteschulen sind. Diese Bewegung bezeichnet sich als apolitische, also keiner Partei und Studentengewerkschaft zugehörig und ist auch viel größer als diese.

Am 28.11. fanden überall in Frankreich Demonstrationen statt, bei denen mehr als 500.000 Studenten und Gymnasiasten auf die Straße gingen. Niemand hatte mit einer solchen Beteiligung gerechnet. Chirac und Devaquet erklärten daraufhin ihre Bereitschaft zur Diskussion, die sie früher verweigert hatten. Chirac versuchte, das Problem als ein Verständnisproblem darzustellen und ließ verlauten, daß sich durch eine neue Formulierung des Textes – allerdings mit gleichen Inhalten – alles in Wohlgefallen auflösen würde. Gleichzeitig machte er deutlich, daß er mit einer Mehrheit gewählt sei, die ihn zu seiner Politik legitimiere und er sich nichts von außen diktieren lassen würde. Immerhin versprach er, daß eine parlamentarische Debatte stattfinden soll. Die Reaktionen auf diese Ansprache waren geteilt.

Einige der Streikenden werteten diese Rede als einen ersten Sieg. Gleichzeitig waren sie der Meinung, daß nur eine härtere und stärkere Bewegung mit systematischer Unibesetzung das Gesetz verhindern könnte. Andere Streikende glaubten nicht an das Chirac-Versprechen und beschlossen gleichfalls weiterzustreiken. Wieder andere wollten mit dem Streik aufhören, aus Angst, ein Studienjahr zu verlieren, wollten aber weiter an Demonstrationen teilnehmen.

Daraufhin gab es an den Unis Vollversammlungen, wo beschlossen wurde, weiter zu streiken und wo zu einer Nationaldemonstration am 4.12. in Paris aufgerufen wurde.

## Die Nationaldemo, der Anfang der Straßenschlachten

Am 4.12. fand in Paris eine riesige, zentrale Demo statt. Ungefähr 1 Million Menschen warteten in Invalides, einem Platz in Paris, auf die Vertreter der coordination national, die währenddessen von Monory, dem Bildungsminister empfangen wurden. Provokativerweise hatte sich Monory jedoch bereits zuvor mit Vertretern einer konservativen Studentengewerkschaft getroffen und diesen versprochen, das Gesetz durchzusetzen. Genau das Gleiche verkündete er auch den Vertretern der coordination national.

Mit diesem Ergebnis kehrten die Vertreter zu der Menge zurück, verkündeten das Ende der Demonstration und riefen zu Vollversammlungen an den Universitäten auf, um sich in Ruhe weitere Schritte zu überlegen.

Daraufhin brach Chaos aus. Einige Studenten machten sich auf in Richtung Quarter Latin, dem Studentenviertel von Paris, und wurden von motorisierten Polizisten verfolgt und niedergeschlagen. Daraufhin errichteten sie Barrikaden und steckten Autos in Brand. Es kam zu riesigen Straßenschlachten mit brutalem Polizeivorgehen. Die coordination national rief in dieser Konfusion die Studenten dazu auf, sich an der Uni Tolbiac zu treffen. Schlafplätze waren vorhanden.

Die Straßenschlachten dauern an. Menschen wurden zum Teil schwer verletzt. Ein Demonstrant verlor sein Auge, ein anderer seine Hand. Ein Student starb.

Devaquet erklärte seinen Rücktritt. Chirac verweigert jede Stellungnahme. Aufgeschreckt durch das brutale Vorgehen der Polizei solidarisierten sich weite Teile der Bevölkerung mit den Studenten. In Frankreich herrscht Krisenstimmung und es bleibt abzuwarten, ob und wie die Lage sich wieder beruhigt. Soweit der Stand am 6.12.

## Die Bedeutung der Bewegung

Die Jugendlichen in Frankreich, die sich mit keiner Partei identifizieren können, kämpfen nun für die „Egalite“, ohne sich auf irgendein Politikverständnis zu berufen. Der Mai '68 ist für sie uralt. Diese Jugendlichen sind der Gesellschaft relativ gut angepaßt. Sie tragen elegante, modische Kleidung (Mädchen demonstrieren mit Rock und Pfennigabsatzschuhen) und fragen ihre Eltern um Erlaubnis zu demonstrieren. Sie wehren sich gegen die Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten, die durch die „Chirac-Gesetze“ noch verstärkt werden, aber sie wehren sich nicht gegen die gesellschaftlichen Ursachen derselben.

Sie sind empört, wenn einem Ausländerkind, das früher automatisch die französische Staatsbürgerschaft bekam, diese jetzt verweigert wird, sobald er beispielsweise geklaut hat. Aber sie fragen nicht, warum er stahl, was die gesellschaftlichen Ursachen davon sind.

Das unterscheidet sie von den Studenten, die '68 auf die Straße gingen. Die Streikenden heute sehen keine Notwendigkeit, eine gesellschaftliche Gegenutopie zu entwickeln. Sie fordern den Status quo, die Rücknahme des Gesetzentwurfes von Devaquet und nichts mehr. Und das ist für Leute, die irgendwie noch so etwas wie eine Wunsch-Gesellschaft im Kopf haben, die mit dem Bestehenden nicht zufrieden sind, wohl schwer zu verstehen.

aus: Unipress, Zeitung der Justus  
Liebig Universität Gießen  
Nr. 8/9 1986

# Die zweite Entdeckung Amerikas

Dieses Thema hat sich Professor T.P.Hughes für seinen Vortrag am :

**22.1.1987**

um 18<sup>00</sup>Uhr in Raum 46/36 gestellt. Prof. Hughes, erster Inhaber der SEL - Stiftungsprofessur in Darmstadt, möchte sich hiermit der Universitäts-öffentlichkeit vorstellen.

Da viele von uns Studenten auch nach seiner drei-monatigen Anwesenheit noch nicht viel von ihm gehört haben, möchte ich ihn und sein Fachgebiet kurz darstellen.

Prof. Hughes studierte an der Universität von Virginia Mechanical Engineering und als Zweitstudium nach dem Krieg Geschichte. Schon in seiner Doktorarbeit legte er sich auf sein Hauptforschungsgebiet, die Technikgeschichte, fest. Er beschäftigt sich auch heute noch mit Fragen wie z.B. - warum und wie hat sich die Entwicklung der Technik vollzogen? - und - welcher Zusammenhang besteht zwischen Gesellschaft und Technik? Besonderes Interesse hat er an Erfindungen - wie und warum sie gemacht werden und wie die daraus resultierende Technik auf die

Gesellschaft wirkt. So sind doch gerade diese Fragen, die heute jeden Ingenieur und auch Sozialwissenschaftler schon in seinem Studium beschäftigen sollten. Doch leider geht ein solcher interessanter Mann mit seinem Themengebiet, den Studenten durch die Nichteinbindung in das Lehrangebot der TH völlig verloren.

Um seine Wirkung zu vergrößern möchte Prof. Hughes viele Gespräche mit Wissenschaftlern und auch Studenten führen. Für diese Gelegenheit steht er in seiner Sprechstunde an jedem Dienstag von 15<sup>00</sup>-17<sup>00</sup>Uhr in Raum 229 im Schloß zur Verfügung.

Zuletzt möchte ich jedem, der einen kleinen Einblick in dieses Fachgebiet haben möchte, den deutschen Vortrag von Prof. Hughes empfehlen. Bis dann !!

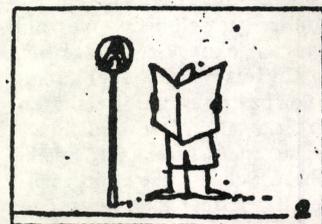
*Wieble*  
(Hochschulreferat)

## Verkehrsprobleme im Bereich TH - Innenstadt

Allen, die im Bereich der TH-Innenstadt studieren, arbeiten oder wohnen ist das dortige Verkehrsproblem bekannt. Der öffentliche Straßenraum und die vorhandenen Parkplätze reichen bei weitem nicht aus, den Parkplatzbedarf zu decken. Das führt dazu, daß viele Autos im Parkverbot oder z.B. auf den Bürgersteigen abgestellt werden.

Diese Situation ist nicht nur für die Autofahrerinnen und Autofahrer unbefriedigend. Durch den Park-Such-Verkehr entstehen Lärm und Abgase, die zu einer erhöhten Belastung der Anwohnerinnen und Anwohner führen. Außerdem belegen die parkenden Autos Flächen, die für den Fußgänger- und Radverkehr oder als Frei- bzw. Grünflächen benötigt werden. Nicht zuletzt wird durch Sichtbehinderungen die Unfallgefahr für Fußgänger/-innen und Radfahrer/-innen vergrößert. Insbesondere Kinder und Alte sind davon betroffen. Für die Bewohnerinnen und Bewohner des Martinsviertels bedeutet das insgesamt eine erhebliche Belastung.

In den letzten Jahren haben die Verkehrsprobleme deutlich zugenommen. Die Zahl der Studierenden hat sich binnen zehn Jahren von ca. 10.000 auf über 15.000 erhöht. Hinzu kommen ca. 3.500 Bedienstete der TH. Davon halten sich ca. zwei Drittel tagsüber immer oder vorwiegend im Bereich der TH-



Innenstadt auf. Durch Bebauung und Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung ist im Martinsviertel die Zahl der Parkplätze zurückgegangen und wird weiter zurückgehen. Und schließlich drohen die zukünftige Nutzung des alten Staatstheaters als Staatsarchiv sowie Planungen der Stadt die Verkehrsprobleme im Bereich der THD weiter zu verschärfen.

Schon seit Jahren wird die Hochschule von der Stadt Darmstadt gedrängt ihrer Verpflichtung nachzukommen und aus-

reichenden Parkraum bereitzustellen. Aufgrund der prekären Lage ist die Erkenntnis gewachsen, daß das Problem einer umfassenden Lösung zugeführt werden muß. Allerdings lassen die unmittelbare Nähe der TH zur "City" sowie die Nachbarschaft zum dichtesten innerstädtischen Wohnquartier Darmstadts keine "einfachen" und "billigen" Problemlösungen wie Großparkplätze zu.

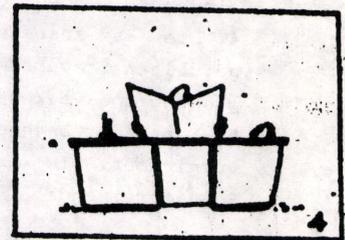
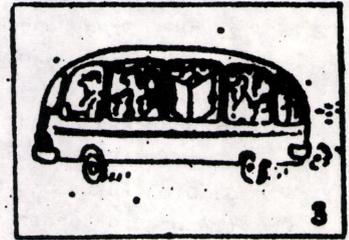
In dieser Situation hat die Leitung der TH Darmstadt die Fachgebiete "Verkehrsplanung und Verkehrstechnik" (Prof. Dr.-Ing. H.G. Retzko) sowie "Umwelt- und Raumplanung" (Prof. Dr.-Ing. H.R. Böhm) mit der Erstellung eines Verkehrskonzeptes beauftragt. Ziel dieser Studie ist sowohl die Erarbeitung kurzfristig wirksamer Maßnahmen zur Neuordnung des Verkehrs als auch mittel- bis langfristiger Konzepte zur Verringerung des Verkehrsaufkommens.

Um Aufschlüsse über das Verkehrsaufkommen und -verhalten zu bekommen, wird im Frühjahr 1987 eine Befragung der Studierenden und Bediensteten der TH durchgeführt. Der Fragebogen umfaßt u.a. Fragen zu Wohnort, Zielort an der Hochschule, benutztem Verkehrsmittel sowie zu Pendelbeziehungen zwischen den Hochschulbereichen.

Aus Gründen der Repräsentativität und Praktikabilität ist die Befragung als Totalerhebung geplant. Es wird versucht alle Hochschulangehörigen mit einem Fragebogen zu erreichen. Bei den Bediensteten stellt das kein organisatorisches Problem dar. Schwieriger ist die Situation bei den Studentinnen und Studenten. Außer durch direktes Anschreiben, sind sie nur im Zuge des Rückmeldeverfahrens alle zu erreichen. Deshalb werden Verteilung und Rücklauf der Fragebögen im Zusammenhang mit der Rückmeldung durchgeführt.

Jede Befragungsaktion wirft Datenschutzprobleme auf. Das betrifft sowohl die Art der Fragestellung als auch die Verarbeitung der erhobenen Daten. Im vorliegenden Fall

kommt das Problem der teilweisen "Kopplung" mit dem Rückmeldeverfahren dazu. Zur Gewährleistung der Belange des Datenschutzes wurden folgende Maßnahmen und Regelungen getroffen:



1. In jeder Phase war der Datenschutzbeauftragte der THD in die Vorbereitung der Befragungsaktion eingeschaltet.
2. Der Fragebogen ist anonym gehalten. Die einzige "sensible" Frage, nämlich die Frage nach dem Wohnort (innerhalb Darmstadts auch nach der Straße), wird unmittelbar bei der Datenerfassung durch Zuordnung zu einer größeren Gebiets-einheit (Verkehrszelle) anonymisiert.
3. Die Auswertung der studentischen Fragebögen erfolgt getrennt und unabhängig von den Rückmeldeunterlagen. Deshalb soll schon der Rücklauf der studentischen Fragebögen getrennt von den Rückmeldeunterlagen erfolgen. Es stehen beim Studentensekretariat und beim Auslandsamt für die Rückgabe der Bögen gesonderte Kästen bereit. Fragebögen, die zusammen mit den Rückmeldeunterlagen beim Studentensekretariat eingehen, werden dort sofort von diesen getrennt.
4. Die Bediensteten der TH schicken per Hauspost ihre ausgefüllten Fragebögen anonym an das Fachgebiet "Verkehrsplanung und Verkehrstechnik"
5. Nach der Datenerfassung werden die Fragebögen umgehend vernichtet. Sie werden nicht zu anderen Zwecken als zu c.g. Studie verwendet.

Es bleibt zu erwähnen, daß die Teilnahme an der Befragungsaktion freiwillig ist. Wünschenswert ist allerdings eine breite Unterstützung dieser Aktion und damit der Bemühungen die Verkehrsprobleme, die im Zusammenhang mit der TH Darmstadt bestehen, zu lösen.

Ansprechpartner:

Dipl.-Ing. Jürgen Follmann (Verkehrsplanung und Verkehrstechnik/ Tel. 162026)

Dipl.-Ing. Hans-Jürgen Gräff (Raumplanung/ Tel. 162948)



---

## Wieder ein linker AStA an der Frankfurter Uni

An der Frankfurter Universität gibt es wieder einen AStA. Überraschend wählte das Studentenparlament am Freitagabend mit absoluter Mehrheit Carmen Hammer von der Linken Liste zur neuen Vorsitzenden des AStA. Ebenfalls eine Mehrheit erhielten Klaus-Dieter Storck von den Jungsozialisten und Gisela Mettele, ebenfalls Linke Liste.

Der Wahl des AStA waren monatelange Streitereien vorausgegangen, nachdem die Studenten ihr Parlament gewählt hatten. Der Grund: Linke und rechte Gruppierungen brachten es zusammen jeweils auf elf Stimmen und damit zu einem Patt. Der amtierende AStA aus Giraffen und dem Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) konnte nicht abgewählt werden. Mehrere Male ging das Studentenparlament unvernünftiger Dinge wieder auseinander.

Der Druck auf diesen AStA nahm allerdings zu, nachdem ein von ihm organisiertes Fest ein Defizit von mehr als einer Viertelmillion Mark erbracht hatte. Bereits im November trat in diesem Zusammenhang der Vorsitzende, Norman Müller, von seinem Amt zurück. Vor der gestrigen Sitzung erklärte auch die stellvertretende Vorsitzende, Thekla Lübbers vom RCDS, ihren Rücktritt. luf

Frankfurter Rundschau  
vom 10.1.1987